

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprecherin
für Haushalt und Finanzen**

Renate Geuter, MdL

zu TOP Nr. 28

Abschließende Beratung

**Bürokratie abbauen – Tierwohlleistungen honorieren
– gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung ermög-
lichen**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 17/4712

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung – Drs. 17/6676

während der Plenarsitzung vom 27.10:2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Unsere Nutztierhaltung befindet sich derzeit, darüber wurde hier schon oft gesprochen, in einem schwierigen Spagat zwischen Marktzwängen und schwindender gesellschaftlicher Akzeptanz. Es besteht auf allen staatlichen Ebenen, aber auch in Wirtschaft und Wissenschaft Einigkeit darüber, dass es für die Zukunftsfähigkeit unserer Nutztierhaltung dringend geboten ist, diese gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten und auch in großen Teilen zurückzugewinnen und gleichzeitig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Diese Erkenntnis befindet sich zumindest ansatzweise in der Begründung Ihres Antrages, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, im eigentlichen Antragstext finden wir allerdings nur den bekannten populistischen Rundumschlag.

Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, an einigen wenigen, nicht abschließenden Beispielen deutlich zu machen, wie aktiv und intensiv die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen diesen Prozess zur Verbesserung des Tierwohls in den Gremien des von Herrn Minister Lindemann aufgelegten Tierschutzplanes und auch darüber hinaus begleitet und unterstützt.

Vor wenigen Wochen ist im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium die Internetplattform „Aniplus“ unter Federführung des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland freigeschaltet worden. Die Webseite bietet Landwirten erstmals die Möglichkeit, ein konkretes, auf ihren Betrieb individuell zugeschnittenes Maßnahmenpaket zur nachhaltigen Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes zusammen zu stellen. Daneben hält das Portal breit gefächerte Informationen zu den einzelnen Tierarten bereit und erläutert das Beratungsangebot zu Tierwohl und Tiergesundheit, auch mit diesem Projekt nehmen wir in Niedersachsen bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Ebenfalls in diesem Jahr wurde das Projekt InnoPig auf den Weg gebracht, unter Beteiligung von Landwirtschaftskammer und Universität. Hier wird erforscht, wie

sich unterschiedliche Haltungsmethoden für Sauen und Ferkel, auf Tierwohl, Tiergesundheit, Wirtschaftlichkeit und Arbeitsschutz auswirken und welche Methoden am besten funktionieren.

Zur Intensivierung der Forschung auf dem Gebiet der Agrar- und Ernährungswirtschaft gibt es seit diesem Jahr in Niedersachsen eine wichtige Kooperation von fünf Hochschulen, die in einem Verbund mit Akteuren aus der Wirtschaft sowie Vertretern von Tier- und Naturschutzverbänden zusammenarbeitet, um gemeinsam die zukünftige Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Nordwesten zu fördern.

Es kann also keine Rede davon sein, dass die Landesregierung die Nutztierhalter auf ihrem Weg zu mehr Tierwohl allein lässt.

Richtig ist, dass es auch vorkommt, dass notwendige Umbau- oder Neubaumaßnahmen behindert oder gar unmöglich gemacht wird, weil z. B. baurechtliche oder immissionsrechtliche Vorschriften innovative Verbesserungen unmöglich machen.

Dazu ist vor nahezu einem Jahr der Masterplan für nachhaltige Nutztierhaltung auf den Weg gebracht worden, um gerade im Bereich der Landeszuständigkeit mögliche Hemmnisse für mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung, zum Beispiel beim Bau tierschutzgerechter Ställe, zu identifizieren. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der mehrere Ministerien, die kommunalen Spitzenverbände, die Landwirtschaftskammer, die Wirtschaft und andere Verbände vertreten sind, um unter Berücksichtigung der Ziele des Tierschutzes hemmende Rechtsvorschriften zu identifizieren und Vorschläge für deren Änderung zu formulieren und diese zusammen mit weiteren Lösungsstrategien in diesem Masterplan zusammenzufassen.

Vielleicht fragen Sie einmal den ehemaligen Staatssekretär Ripke, der Ihnen erläutern wird, wie konstruktiv die Beratung in dieser Arbeitsgruppe zu diesen komplexen Problemen ist.

Die vielen Initiativen, die Niedersachsen gemeinsam mit Landwirten auf den Weg gebracht hat, zeigen, dass es darum geht, die Bereitschaft zu Veränderungen zu unterstützen, dort, wo Handlungsbedarf ist.

Auch bei der Umsetzung der NERC-Richtlinie hat sich Niedersachsen eingebracht. Einige Maßnahmen, die zu einem effizienteren Umgang mit Stickstoff und zur Verringerung von Ammoniakimmissionen führen, werden ja auch im Zusammenhang der Novellierung der Düngeverordnung geprüft.

Und gerade das Thema Düngerecht zeigt ja, welche Folgen es haben kann, wenn Probleme zu lange ignoriert und Handlungsnotwendigkeiten zwar gesehen aber nicht umgesetzt werden.

Wir werden auch weiter daran arbeiten, dass die vielen Initiativen, runden Tische usw. zum Thema Tierschutz nicht weiter nebeneinander, sondern mehr miteinander arbeiten mit dem Ziel, gemeinsame Standards sowohl auf Bundesebene und nach Möglichkeit auch auf europäischer Ebene festzulegen, und ich bin überzeugt, dass gerade die niedersächsischen Erfahrungen und Initiativen dabei wegweisend sein können.

Wir werden auch weiter die Entwicklung einer verlässlichen und transparenten Tierhaltungskennzeichnung unterstützen, sodass auf Fleisch klar erkennbar wird, unter welchen Bedingungen Tiere gehalten werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Betriebe ihre Mehrkosten erstattet bekommen, die auch tatsächlich höhere Tierwohlleistungen erbringen.

Meine Damen und Herren,

wenn Ihnen auch daran liegt, dass die Nutztierhaltung in Niedersachsen auch weiter ein wichtiger Wirtschaftsfaktor bleibt, sollten Sie die ideologischen Scheuklappen ablegen und sich konstruktiv an der Erarbeitung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen beteiligen mit dem Ziel, unsere Tierhaltung zukunftsfähig, d. h. gesellschaftlich akzeptiert und wettbewerbsfähig aufzustellen. Ihr Antrag leistet dazu leider keinen Beitrag und ist daher abzulehnen.